



**Projektland: KROATIEN**

**Quartal/Jahr: Juli bis September 2009**

**Schlagzeilen:**

***Die ersten 100 Tage der Kosor-Regierung***

***Präsidentenwahlen 2010***

***Fortsetzung der EU-Verhandlungen***

***Unpopuläre Steuererhöhungen sind umgesetzt***

**Innenpolitik**

***Die ersten 100 Tage der Kosor-Regierung***

Die seit Juli amtierende Ministerpräsidentin Kosor wurde gleich nach der Amtsübernahme mit einer schwierigen innenpolitischen, außenpolitischen und wirtschaftlichen Lage des Landes konfrontiert. Sie steht vor der schwierigen Aufgabe, die Korruptionsaffären in staatlichen Betrieben aufzuklären, den richtigen Wirtschaftskurs zu treffen, die verzögerten EU-Verhandlungen voranzutreiben sowie sich zuallererst in der Partei durchzusetzen. Nach den ersten Auseinandersetzungen in der Partei, wie neulich mit dem Parlamentspräsidenten Bebic, scheint doch eine "stille Desanaderisierung" in der Partei im Gang zu sein.

Trotz dem überraschenden Rücktritt von MP Sanader Anfang Juli hält die Regierungskoalition weiterhin zusammen. Die Koalitionspartner unterstützen die neue Ministerpräsidentin Kosor mit Ausnahme der Rentnerpartei, die wegen den unpopulären Maßnahmen gegen die Rezession, von denen auch die Rentner betroffen worden sind, die Koalition verlies.

Drei Monate nach der Amtsübernahme und unpopulären Entscheidungen wie Krisensteuer scheint die neue Regierung den senkenden Popularitätstrend der Partei anhalten zu können. Momentan führt die SDP am Politbarometer mit 33,3 % während die HDZ mit 28 % die zweite Stelle einnimmt.

***Präsidentenwahlen 2010***

Das zweite Mandat des Staatspräsidenten Mesic läuft am 18. Februar 2010 ab. Die Verfassung schreibt vor, dass die Präsidentenwahlen frühesten 30 Tage vor oder spätestens 60 Tage nach dem Ablauf des Mandates stattfinden sollen. Dies bedeutet, dass die Wahlen zwischen Mitte Dezember 2009 und Mitte Januar 2010 stattfinden sollen. Allem Anschein nach werden die Wahlen am 10. Januar durchgeführt.

Bei den Wahlen wird Kroatien seinen 3. Staatspräsidenten bekommen: Franjo Tudjman wurde zweimal gewählt ebenso wie seit 2000 amtierender Stipe Mesic.

Die Befugnisse des Staatspräsidenten, obwohl nach dem Tod von Tudjman eingeschränkt, sind noch immer umfangreich: Präsident ist für die Verteidigung, die innere Sicherheit und Außenpolitik mitverantwortlich und gestaltet diese Politiken mit dem Ministerpräsidenten.

Mehrere Kandidaten bewerbe sich um den hohen Posten, nur wenige haben aber eine Chance.

Im Paket mit seinem Rücktritt schlug Sanader den HDZ-Fraktionschef, Dr. Andrija Hebrang, als Kandidaten zum Präsidenten vor. Dieser Vorschlag wurde von der Parteiführung angenommen. Hebrang steht für den rechten Flügel der Partei und laut Umfragen hat wenig Aussichten bei den Wahlen, ca. 7 %.

Viel populärer dagegen ist Nadan Vidosevic, Präsident der Kroatischen Wirtschaftskammer, der wider Willen der Partei seine Kandidatur gab bekannt. Daraufhin ist er aus der HDZ ausgetreten. Zur Zeit rechnet er mit einer Unterstützung von etwa 14 %.

Die Opposition konnte sich über keinen gemeinsamen Kandidaten einigen. Die SDP hat sich zwischen zwei Kandidaten – Ivo Josipovic, Juraprofessor und *avant garde* Komponist, und Ljubo Jurcic, Wirtschaftsprofessor, für den ersten entschieden. In allen Meinungsumfragen steht Josipovic weit oben an der Popularitätsliste mit 24 %.

Die SDP hat ebenso wie die HDZ mit Vidosevic einen Einzelgänger in den eigenen Reihen, nämlich den im Mai bei den Kommunalwahlen wiedergewählten Bürgermeister der Stadt Zagreb, Milan Bandic. Bandic hat zwar seine offizielle Kandidatur noch nicht gemacht, steht aber mit 16 % an der zweiten Stelle der Popularitätsliste.

Andere Kandidaten für den Präsidentenposten haben allem Anschein nach wenig Chancen (Vesna Pusic von der HNS, Damir Kajin von der IDS, Vesna Skare-Ozbolt u.a.).

## **Außenpolitik**

### ***Fortsetzung der EU-Verhandlungen***

Nach fast einjähriger Verzögerung der EU-Verhandlungen wegen der Blockade durch Slowenien konnte Kroatien Anfang Oktober die Beitrittsverhandlungen fortsetzen. Die kroatische Ministerpräsidentin Jadranka Kosor und ihr slowenischer Amtskollege Borut Pahor hatten am 11. September gemeinsam erklärt, dass der Grenzstreit nicht länger ein Hinderungsgrund für die EU-Beitrittsverhandlungen Kroatiens sein solle. Kroatien zog sämtliche Dokumente, die nach Meinung Sloweniens die künftige Grenze präjudiziert. Das slowenische Parlament nahm den Vorschlag zur Schiedsverfahren über die Beilegung des kroatisch-slowenischen Grenzstreits, so dass alle Hindernisse zur Fortsetzung der Verhandlungen beseitigt sind.

Bei einer Beitrittskonferenz in Brüssel Anfang Oktober mit Außenminister Gordon Jandrokovic wurden die Verhandlungen in sechs neuen Kapitel offiziell eröffnet (freier Kapitalverkehr, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Nahrungsmittelsicherheit, Steuerwesen, Regionalpolitik sowie Justiz) und in fünf weiteren Verhandlungsbereichen abgeschlossen (Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Gesellschaftsrecht, Statistik, Transeuropäische Netze und Zollunion). Damit hat Kroatien 28 von insgesamt 35 Verhandlungskapitel eröffnet, zwölf davon sind abgeschlossen. Weitere fünf sollen bis zum Jahresende aufgemacht werden. Außenbeziehungen (blockiert durch Slowenien bis zur Lösung des Grenzstreits), Wettbewerb (wegen Werften) und Justiz und Grundrechte gelten als schwierig. Damit ist das Jahr für den EU-Beitritt auf 2011 oder sogar 2012 verschoben.

Von Kroatien wird noch die Zusammenarbeit mit dem ICTY - Internationaler Strafgerichtshof für Ex-Jugoslawien - verlangt, bez. die Lieferung von Dokumenten in Bezug auf die Gerichtsverfahren gegen General Gotovina, Markac und Cermak.

Im neuen Kommissionsbericht über die Beitrittsfähigkeit von Kroatien, der Mitte Oktober veröffentlicht werden soll, sind nach wie vor die Problembereiche Justizreform sowie die Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität stärker heranzugehen.

## Wirtschaft

### **Unpopuläre Steuererhöhungen sind umgesetzt**

Als MP Kosor die Regierung übernahm, war sie mit einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation und leeren Staatskassen begegnet. Es folgte Ende Juli ein dritter Nachtragshaushalt in diesem Jahr, der als Folge eine Verringerung des Staatshaushaltsdefizits vorsieht.

Um die Rezession zu bekämpfen und das System funktionsfähig zu machen, sind zunächst vier Maßnahmen getroffen:

1. eine lineare Besteuerung sämtlicher Löhne, Gehälter und Renten ab 3.000 Kn (ca. 400,00 Euro) um 2 %, bez. 4 % der Nettoeinnahme auf eine begrenzte Zeit, nämlich vom 1. August 2009 bis zum 31. Dezember 2009;
2. die Erhöhung der vor 12 Jahren eingeführten Mehrwertsteuer von 22 Prozent auf 23 Prozent;
3. die Besteuerung mit 6 % Dienstleistungen für den Mobilfunk (Gespräch, SMS und MMS);
4. das Aussetzen der Rentenanpassungen.

Die Bürger haben die weitere steuerliche Belastung schwer hingenommen, zu erwarteten und von Gewerkschaften angekündigten Protesten ist es allerdings nicht gekommen.

Kroatien will mit den Steuererhöhungen das Budgetdefizit auf 2,8 Prozent reduzieren und somit den Gang zum IWF vermeiden. Staatspräsident Mesic will aber vom kroatischen Verfassungsgericht die Gesetze zum Krisenpaket auf Verfassungswidrigkeit überprüfen lassen.

Man befürchtet, dass diese weiteren Steuererhöhungen die Wettbewerbsfähigkeit des Landes noch mehr beeinträchtigen und weitere Arbeitsplätze gefährden würden. Die Arbeitslosenquote liegt bei 14 % und zeigt eine steigende Tendenz, während die Industrieproduktion im Juni 2009 13,7 % niedriger als im Juni vorigen Jahres war.

Kroatische Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal betrug -6,3 %, weniger als im ersten Quartal als sie -6,7 % betrug. Dazu hat vor allem der starke Rückgang des Privatkonsums – um 9,4 Prozent – beigetragen. Die Investitionen sind um 12,7 % zurückgegangen, die Ausfuhr um 19,8 Prozent, die Einfuhr um 24,7 %. Gestiegen sind allerdings die staatlichen Ausgaben und zwar um 1,2 %.

Der wirtschaftliche Hoffnungsträger, Tourismus, weist positive Zahlen trotz der globalen Wirtschaftskrise. Die Zahlen sind fast identisch, wenn auch nicht besser, als im letzten Jahr.

Die Auslandsverschuldung ist seit dem Jahresanfang um 3,7 % gestiegen und beträgt z.Z. 40,8 Milliarden Euro.

Das Problem bleibt nach wie vor der zu hohe staatliche Verbrauch. Die Ausgaben für Gesundheit, Renten und soziale Fürsorge betragen fast die Hälfte des Haushalts.

*f.d.R.*

*Aleksandra Markic Boban*

*Büroleiterin*

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ

AUTOR: Aleksandra Markic Boban

LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –

TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.: +49 (0)89 1258-359

E-MAIL: [GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE](mailto:GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE) – HOMEPAGE: [WWW.HSS.DE](http://WWW.HSS.DE)